



○ Kostas Pappas

PRÄSIDENT DER BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT DER IMMIGRANTENVERBÄNDE



Ein Einwanderungsgesetz hat nur dann Sinn, wenn es mit einem Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsgesetz kombiniert wird. Dadurch erhalten die Eingewanderten gleiche politische und soziale Rechte. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung können so bekämpft werden. Die geregelte Einwanderung bietet die Chance, die legal Eingewanderten mit der einheimischen Bevölkerung gleichzustellen. Andererseits wird sie eine neue Gruppe von Zuwanderern hervorbringen, die illegal, unterbezahlt und völlig unterrechtet in Deutschland und den anderen EU-Ländern leben.



Einwanderung gesetzlich regeln

Die These

Deutschland ist de facto ein Einwanderungsland. Aus aller Welt kommen Jahr für Jahr Hunderttausende von Menschen zu uns: Asylbewerber, Kriegsflüchtlinge, Aussiedler, Arbeitsuchende. Doch wer bleiben darf und wer nicht, hängt oft vom Zufall ab und ist weder für den Bürger noch für den Zuwanderer durchschaubar. Etwa 7 Millionen „Ausländer“ leben bereits in Deutschland, viele seit Jahrzehnten, oft isoliert und ohne Bürgerrechte. Weil es keine legale Möglichkeit der Zuwanderung gibt, wird das Asylrecht mißbraucht, verdienen Schlepperbanden an illegalen Einwanderern. Deshalb braucht Deutschland ein Einwanderungsgesetz, das jährlich festlegt, wie viele Zuwanderer das Land verkauft, und das Rechte und Pflichten der Zugewanderten genau definiert. Zur These der WOCHE nahmen Stellung:

DIE POSITIONEN



Zustimmung



Ablehnung



unentschieden



⊕ Renate Schmidt

SPD-LANDES- UND FRAKTIONS-VORSITZENDE, BAYERN

Wir brauchen ein Gesetz, das die Zuwanderung nach vernünftigen, transparenten Gesichtspunkten regelt. Es würde uns die Instrumente geben, den Zuzug rational und flexibel zu steuern, nicht zuletzt entsprechend unseren jeweiligen gesellschaftlichen Integrationsmöglichkeiten und Erfordernissen. Eine

„Eine präzise Regelung würde denen Klarheit und Perspektive geben, die zu uns kommen wollen“

präzise Regelung würde auch denen Klarheit und Perspektive geben, die zu uns kommen wollen. Wer sich aus ideologischen Gründen davor verschließt, handelt fahrlässig und doppelt unverantwortlich: gegenüber den Einheimischen – gleich welcher Nationalität – und gegenüber den Menschen, die zu uns kommen wollen.

⊖ Bernd Protzner

CSU-GENERALSEKRETÄR



Sowohl der Anspruch auf politisches Asyl wie auch die Möglichkeit des Familiennachzugs sind im Grundgesetz rechtlich verbürgt und können nicht durch Einwanderungsquoten beschränkt werden. Zahlen wir Bürgerkriegsflüchtlinge sowie Aussiedler dazu und beachten die Freizügigkeit innerhalb der EU, wird allein auf diese Weise ein angeblicher Bedarf übertroffen. Geltendes Recht und moralische Verpflichtungen führen Deutschland an die Grenzen seiner Leistungs- und Integrationsfähigkeit. Angesichts dieser Tatsachen und fast 4 Millionen Arbeitsloser ist es somit rätselhaft, wie ein Einwanderungsgesetz propagiert werden kann.

⊕ Heinrich Lummer

CDU-BUNDESTAGSABGEORDNETER



Deutschland ist ein Einwanderungsland wider Willen. Inzwischen gibt es eine Masseneinwanderung, die uns von 1985 bis 1994 insgesamt rund 4,7 Millionen Zuwanderer – davon rund 2,7 Millionen Ausländer und rund 2 Millionen Aussiedler – zuführte. Auch dies ist eine Ursache für 4,2 Millionen Arbeitslose. Deshalb muß eine gesetzliche Regelung her. Ein Einwanderungsgesetz muß mindestens zwei Dinge regeln: die Frage der Quoten und der Qualität der Zuwanderer. Bei der festzulegenden Quote muß klar sein, daß diese erheblich unter der gegenwärtigen Zuwanderungszahl liegen muß. Außerdem müssen Arbeitsmarktfragen und Wohnungsangebot im Vordergrund stehen. Ein Einwanderungsgesetz darf kein Instrument zur Erhöhung der Zuwanderung sein, sondern zur Steuerung der Zahl auf niedrigem Niveau.

MEHR ZUM THEMA

POLITIK
Nützliche Idioten
SEITE 7

○ Hisham Hammad

MIGRATIONS-POLITISCHER SPRECHER VON BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IN NÖRDRHEIN-WESTFALEN



Einwanderung als Tatsache bereitet einem Politiker – nicht nur den Anhängern vom Reinheitsgebot der Nation – mehr als nur Magenschmerzen. Dagegen sind allerdings Mittel wie etwa das Einbürgerungsgesetz von 1913 oder Ausländergesetze von 1938 – deren Verfallsdatum längst überschritten ist – herzlich wenig hilf-

reich. Das Leben in einer Gesellschaft mit 10 Prozent Einwanderer-Anteil kann nur mit neuen Visionen und Mitteln organisiert werden. Ein Einwanderungsgesetz könnte dafür ein wichtiger Baustein sein. Kurz vor der Jahrtausendwende gehört Abschottung oder Inselmentalität auf den Schrottplatz des 20. Jahrhunderts.

⊕ Rita Waschbüsch

PRÄSIDENTIN DES ZENTRALKOMITEES DER DEUTSCHEN KATHOLIKEN



Armut, Unfreiheit und Kriege in vielen Ländern der Erde haben die Länder der Europäischen Union zu Hoffnungszielen vieler Menschen werden lassen. Die reflexhafte Weigerung, Deutschland als Einwanderungsland zu begreifen, hat dazu geführt, daß es an transparenten Steuerungsmechanismen fehlt. Es ist höchste Zeit, Zuwanderung politisch zu gestalten und so auch Ängste und Unsicherheiten vieler Deutscher ernst zu nehmen. Deshalb brauchen wir sowohl ein Einwanderungsgesetz als auch ein Bundesamt für Migration. Auch die Integration sollte rechtlich geordnet werden. Je zügiger und konsequenter die Eingliederung von Zuwanderern gelingt, desto mehr zeigen sich auch die positiven Aspekte von Wanderung.

„Es ist höchste Zeit, Zuwanderung politisch zu gestalten“

⊕ Klaus J. Bade

INSTITUT FÜR MIGRATIONS-FORSCHUNG, OSNABRÜCK

Es gibt in Deutschland einen Wildwuchs gesetzlicher Bestimmungen in Sachen Migration und Integration. Unübersichtlichkeit aber stiftet Unsicherheit. Deswegen sind transparente Konzeptionen das beste Mittel gegen Fremdenfeindlichkeit. Einerseits muß es möglich werden, in Krisenzeiten Zuwanderung zu begrenzen (ohne die Eingliederungshilfen zu senken). Andererseits muß das – in der EU abzustimmende – Gesamtkonzept von Einwanderungsgesetzgebung und -politik spätestens kurz nach der Jahrtausendwende funktionstüchtig sein, wenn die Aussiedler-Zuwanderung ausläuft und die Bevölkerungszahlen beschleunigt sinken.



⊖ Ulla Jelpke

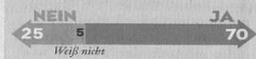
INNENPOLITISCHE SPRECHERIN DER PDS BUNDESTAGSGRUPPE



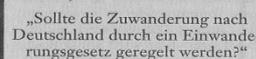
Damit die Bundesrepublik ein Einwanderungsland bleibt, sind offene Grenzen notwendig. Zuwanderungsquoten werden letztlich von der Wirtschaft diktiert. Selbst die Grünen orientieren sich bereits an der unteren Grenze der aus demographischen Gründen für notwendig befundenen Zuwanderung. Die faktische Abschaffung des Asylrechts macht's möglich: Die Debatte um ein Einwanderungsgesetz entpuppt sich als Arbeitsmarkt- und sozialpolitisches Instrumentarium in nationalstaatlichem Interesse. Ein Einwanderungsgesetz ist immer auch ein Einwanderungsverhinderungsgesetz.

UMFRAGE

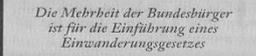
„Finden Sie Oskar Lafontaines Forderung richtig, den Zuzug von Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion zu regulieren?“



„Ist Deutschland ein Einwanderungsland?“



„Sollte die Zuwanderung nach Deutschland durch ein Einwanderungsgesetz geregelt werden?“



Die Mehrheit der Bundesbürger ist für die Einführung eines Einwanderungsgesetzes

© Die Woche, Grafik: Peter Dornauer, 2000 Kopie, Druckvermögen: 10000 Exemplare, 10000 Exemplare